

„Die Zukunft des Alter(n)s - Alter(n) hat Zukunft“

Wir werden weniger, älter, bunter

Die Zukunft kommt näher

„Wenn der Mensch nicht darüber nachdenkt, was in ferner Zukunft liegt, wird er das schon in naher Zukunft bereuen“. So einfach und logisch – mit den Worten von Konfuzius – lässt sich die Motivation für diesen Beitrag zusammenfassen. Wenn es nur so einfach wäre! Tatsächlich ist die Zukunft nicht nur schwer fassbar, sondern auch ein Begriff, der mindestens so viel Skepsis hervorruft wie er Neugier auslöst.

Von dem bekannten bayerischen Kabarettisten und Autor Karl Valentin stammt das berühmte Verdikt, dass Prognosen schwierig seien, besonders, wenn sie die Zukunft betreffen. Auch andere Menschen äußern sich skeptisch, wenn sie sagen, der sicherste Zeitpunkt für eine Prognose sei nach dem Ergebnis.

Als ich dies schrieb, fiel mir der Artikel des Zukunftsexperten Peter Felixberger in die Hände. Er kann uns dabei helfen, ein Gefühl für das Leben in 40 Jahren zu bekommen. Dazu hat er zu einem wirksamen Trick gegriffen und sich selbst als mit dann fast 100 Jahren Lebensalter in das Jahr 2060 „gebeamt“.

In seinem „Rückblick aus dem Jahr 2060“ berichtet Felixberger, wie seine Frau (98) und er als „Lebensplan-Berater“ junge Menschen beraten: „Wir sagen ihnen, worauf es im Job ankommt. Darüber hinaus beraten wir auch ältere Menschen, wie sie ab 60 weiter einer sinnvollen Tätigkeit nachgehen können. Bezahlt werden wir direkt vom Bundesarbeitsministerium, Abteilung „Lebensplanung“. Früher hieß das alles Rente. Den Begriff kennen nur noch die wenigsten.“

Im Jahr 2030 sei das Rentensystem in Deutschland zusammengebrochen. Der Politiker Meyerling sei mit der Mitteilung in die Geschichte eingegangen: „Daher sehen wir uns gezwungen, das zu tun, was vorhergehende Politikergenerationen sich nie getraut haben: Wir schaffen die Rente ab!“

Natürlich sei der Rentenkollaps ein einschneidendes gesellschaftliches Ereignis gewesen. Er erinnere sich noch gut an die Massendemonstrationen in den Großstädten gegen Sozialabbau und an die Hysterie in elektronischen Zeitungen, Internet-Blogs und sozialen Netzen. *“Dennoch ging gleichzeitig auch ein Ruck durch das Land. Die Alten mussten sich wieder stärker selbst organisieren, ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen. Und sich gegenseitig unterstützen. Da half es natürlich, dass Beratungsberufe schon in den Jahren zuvor zur wichtigsten Stütze in der Arbeitswelt geworden waren. Dort konnten die Alten ihr Erfahrungswissen einbringen.”* Heute (2060) seien mehr als zehn Millionen der 26 Millionen Erwerbstätigen selbstständig.

Felixberger beschreibt weiter, dass 2051 zum ersten Mal mehr Nichtdeutsche als Deutsche hier lebten. Diese Vielfalt habe die Lebensqualität in diesem Land sehr bereichert: Man könne afghanisch essen, chinesische Ärzte aufsuchen oder das neue Museum für zeitgenössische afrikanische Kunst besuchen.

2045 habe *„eine wirklich radikale Bildungsreform (..) den Fächerkanon an die gesellschaftliche und wirtschaftliche Wirklichkeit“* angepasst. Was für ein Aufschrei konservativer Bildungspolitiker, als 2045 die Fächer Ästhetik, Design, Mode, Medien, Ernährung und Architektur aufgenommen und Mathematik sowie Latein abgeschafft wurden.

Beflügelt durch die Entscheidung der Bundesregierung unter Kanzler Timo Hacker im Jahr 2041, ein Grundeinkommen für alle einzuführen, das von den Gewinnen staatlich geförderter Hoch-Technologiebranchen bezahlt wird, hätten seitdem viele Menschen ihre Lebensprioritäten geändert.

Deutschland sei heute in Europa „Gesundheitsland Nummer eins“. Ein Drittel aller Erwerbstätigen habe in diesem Segment einen Job gefunden. Viele Pflegekräfte stammten aus Osteuropa und Nordafrika.

Die Zahl der Deutschen sei bis heute rückläufig. Partner- und Kinderlosigkeit sind eine ganz normale Lebensform. In der Folge seien auch viele Städte kleiner geworden.

Zum Schluss fragt Felixberger: *„Was bleibt übrig?“* und er schreibt :

„Gesundheitlich sind wir auf dem Damm, der Krebs kann uns wie gesagt nicht mehr dahinraffen. Unsere Kinder, Enkel und Urenkel schauen uns manchmal etwas verwundert an, wenn wir über Hippies, 68er, PC, Kassettenrekorder oder Neue Deutsche Welle reden. Die Pole sind nach wie vor nicht geschmolzen, die Jahreszeiten sind geblieben, der Wetterbericht ist immer noch Glücksache.“

Einzig mit holografischen Musikkonzerten können wir uns bis heute nicht anfreunden. Das ist in Hamburg in diesem Sommer der große Hit. Popkonzerte aus New York werden live auf dem Heiligengeistfeld auf überdimensionale Holografie-Megamonitore übertragen. Sound und Technik sind derart ausgefeilt, dass man sich wie am Originalschauplatz vorkommt. Verblüffend echt!

Gewöhnt habe ich mich an die kleinen Selbstdiagnose-Geräte, mit denen man schnell eigene kleinere Krankheiten diagnostizieren kann. Gewöhnt habe ich mich auch an die Weine aus Schleswig-Holstein, die jetzt aufgrund des Klimawandels dort angebaut werden. Und weil es sein musste, auch an das Verbot benzinantriebener Autos oder Flugzeuge. Gewöhnt habe ich mich überdies an Lebensmittel-Ersatzprodukte, die Fisch und Fleisch Aroma- und Konsistenz-gerecht nachempfunden sind.

Kürzlich habe ich von meinem orangefarbenen Bonanza-Fahrrad geträumt, das ich als Kind aus der Vorstadt stolz durch die Straßen lenkte. Das war Mitte der 1960er Jahre. Am Tag vor diesem Traum war mir eine Werbeanzeige auf meiner neuen Multimedia-Brille aufgefallen (Werbeblätter aus Papier gibt es schon lange nicht mehr), die mir eine voll einklappbare, hypermoderne Version mit einem Material anbot, das auf Knopfdruck reagieren soll. Trotz Hightech musste ich schmunzeln, die Bedürfnisse sind über die Zeiten hinweg offenbar gleich geblieben. Hier eben als Kind seine nächste Umwelt zu erobern – zu Beginn einer langen, hoffentlich erfüllten Lebensreise zu sich selbst.“

Gesellschaft des langen Lebens

Wie dem auch sein wird, hier werden gesellschaftliche Herausforderungen deutlich, die wir heute anpacken müssen, wenn wir bis dahin Lösungen haben wollen: Einige Fakten stehen fest.

Der demographische und soziale Wandel und seine erkennbaren mittel- und langfristigen Auswirkungen stellen unser Land, Städte und Gemeinden sowie soziale Dienstleister vor große Herausforderungen. Die Lebenserwartung steigt, die Geburtenrate sinkt: Innerhalb einer längerfristig eher rückläufigen Bevölkerungszahl verschiebt sich die Alterspyramide erheblich. Wir werden weniger, älter, bunter.

Um das Jahr 2035 wird Deutschland weltweit eines der Länder mit der ältesten Bevölkerung sein. Wir sprechen – resignierend – von einer alternden Gesellschaft, von einer „Vergreisung“ der Bevölkerung. Die Japaner dagegen sprechen optimistisch von einer „Gesellschaft des langen Lebens“.

Ältere Menschen stellen auch keine „Lasten-Quoten“ dar – Alterslast, Rentenlast, Rentnerschwemme, Pflegelast. Sprache ist verräterisch, sie verrät unser Denken. Die Blickrichtung ist falsch und gefährlich, wenn über die Kosten verursachenden Alten diskutiert wird. Es wird höchste Zeit, dass Politik und Gesellschaft die älteren Menschen als Werte-Schaffende, als Verbraucher, als Gewinn betrachten.

Die meisten älteren Menschen sind körperlich und geistig fit. Sie verfügen über Sachwissen und jahrzehntelange berufliche Erfahrung. Das sind Ressourcen, auf die wir nicht länger verzichten dürfen.

Das Alter als Ressource in den Blick zu nehmen, ist im doppelten Wortsinn förderungswürdig: Bleiben ältere Menschen aktiv, wirkt sich das positiv aus und erhöht die Wahrscheinlichkeit, weiter zu altern, Pflegebedürftigkeit weiter hinaus zu schieben und sich zumindest länger selbst versorgen zu können.

Außerdem gibt es nicht zu viel Ältere in Deutschland, sondern zu wenig Junge. Nicht die Zunahme der Lebenserwartung ist der entscheidende Grund für die starke demographische Alterung, sondern das Drama der ausgefallenen Generation. Die Eltern, die heute Kinder zur Welt bringen müssten, sind nie geboren worden. Und bei den Jahrgängen ab 1965 liegt zudem der Anteil der Kinderlosen bei einem Drittel. Deutschland braucht daher eine nachhaltige Familien- und Einwanderungspolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung.

Die demographische Entwicklung – die bereits seit 30 Jahren bekannt ist und jetzt mit voller Wucht die Deutschen und die Politik erfasst – und der strukturelle Alterswandel werden viele Seiten des täglichen Lebens verändern, nicht nur die Höhe der Renten oder die Gesundheitsversorgung. Wir werden anders wohnen, anders reisen, anders arbeiten, anders essen. Schulen und Universitäten werden sich umstellen und noch mehr Angebote für Ältere anbieten müssen.

Unternehmen werden dann ebenfalls „alt aussehen“ und dringend auf ältere Arbeitnehmer angewiesen sein. Statt KITAS brauchen wir dann möglicherweise SENTAS = Seniorentagesstätten, statt Betriebskindergärten eher „Betriebspflegeheime“, zumindest jedoch Beratung in Sachen Pflege und vor allem flexiblere Arbeitszeitmodelle zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege.

Zusammenleben der Generationen in der Kommune

Es gilt, eine älter werdende Gesellschaft zu gestalten und die Altenhilfe nicht als „Einzelfallhilfe“ des Sozialamtes - das ist ein veraltetes Konzept -, sondern als gemeinwesenorientierte Aufgabe aller Beteiligten zu verstehen *als Familienhilfe*. Es geht nicht um die Zukunft des Alters allein, sondern um die Zukunft des Zusammenlebens der Generationen in den Kommunen.

Wesentliche Ziele hierbei sind die gesellschaftliche Integration und Teilhabe älterer Menschen, ihre Familienbeziehungen und sozialen Netzwerke, das Wohnen im Alter und die Förderung der selbstständigen Lebensführung sowie die Versorgung bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit.

Die Menschen können umso länger selbstständig leben, je besser die sie umgebenden Bedingungen darauf eingestellt werden. Das gilt für Wohnung und Wohnumfeld, Einkaufen, Dienstleistungs- und Unterstützungsangebote oder die Nutzbarkeit des Öffentlichen Personennahverkehrs ebenso wie für die Entwicklung von Produkten unter dem Gesichtspunkt eines „Designs für alle“, also nutzbar für alle Menschen, unabhängig von Alter oder Behinderung.

Leider sorgen politische Entscheidungen auch für gegenläufige Tendenzen. Dazu gehören die Ausdünnung des öffentlichen Nahverkehrs, die Konzentration des Einzelhandels auf der „grünen Wiese“, die Schließung von Dienstleistungseinrichtungen des täglichen Bedarfs wie Filialen von Geldinstituten oder der Post, aber auch der Verkauf kommunaler Wohnungsbestände und Anderes mehr. Die hierdurch entstehenden Defizite wirken sich negativ auf die Kommunen als Lebensraum aus.

So eindeutig wie die Prognose der Demographen ist auch die Tatsache, dass vor diesem Hintergrund Eigeninitiative und Selbsthilfe der Bürger in Zukunft sehr viel stärker gefragt sein werden als früher. Ich glaube, dass wir uns in Deutschland allzu sehr daran gewöhnt haben, Verantwortung abzugeben in der scheinbaren Sicherheit, dass das staatlich garantierte Sozialsystem uns über die gesamte Lebenszeit halten oder auffangen wird, wenn wir in eine Schieflage geraten sollten. Doch schon lange sind sich alle Fachleute einig, dass die bestehenden Sozialsysteme die damit verbundenen Belastungen nicht werden tragen können.

Generell ist also mit einem Rückzug der staatlich und halbstaatlich organisierten Verteilung zu rechnen, hin zu mehr Selbstverantwortung des Einzelnen. Angehörige, Freunde, Nachbarn - das persönliche Netzwerk wird für die Bewältigung des Alltags an Bedeutung gewinnen.

Es gilt die Potenziale aller Generationen für gegenseitige Hilfe und Unterstützung zu nutzen. So könnte eine Universität ihre Mensa auch als Mittagstisch für Senioren des Stadtteils anbieten oder Altenheime können in Hausrestaurants die Schulverpflegung anbieten. Es gilt also, Leitbilder der geteilten Verantwortung zu entwickeln.

Wir müssen allerdings gut aufpassen, dass Politik und Gesetzgeber nicht deshalb gerne auf diesen Zug aufspringen, um Kosten zu sparen und Menschen ihrem Schicksal zu überlassen. Wohnen allein genügt nicht. Wenn die flankierenden Maßnahmen fehlen, bedeutet für Menschen mit Pflegebedarf, mit Behinderung oder mit Demenz die Forderung nach Teilhabe am Leben und in der Gesellschaft Teilhabe an Armut und Isolation. Es gibt keine Selbstbestimmung ohne Fürsorge.

Über alle psychologischen, gesundheitlichen Perspektiven hinaus ist aktiv sein, sich am Geschehen beteiligen, „etwas zum großen Zusammenhang des Kosmos beizutragen, unser kleines Universum mit Leben zu füllen, der Lebenssinn schlechthin“. Nur wer sich beteiligt, hat Bedeutung. Jeder von uns möchte etwas wert sein, gebraucht werden, etwas geben können, auch ein an Demenz erkrankter älterer Mensch. Ein Mensch, der keine Aufgabe mehr hat, gibt sich auf.

In den Städten und Gemeinden sind die Konsequenzen der demographischen und sozialstrukturellen Entwicklungen am deutlichsten zu beobachten, denn hier werden die Wünsche und Bedürfnisse der Menschen an Dienste und Einrichtungen konkret und offenkundig, werden Lösungen und Angebote unmittelbar erwartet.

Hier sehe ich eine elementare Aufgabe der Kommunen, steuernd und korrigierend darauf einzuwirken, dass durch die ökonomische Eigen-Steuerungslogik, indem immer mehr privatwirtschaftliche Unternehmen soziale Dienstleistungen anbieten, keine Angebotslücken aufgrund mangelnder Kaufkraft entstehen.

So könnte die Entwicklung von Infrastruktur, Wohnangeboten und sozialen Leistungen aufeinander abgestimmt und unter Einbeziehung der Akteure vor Ort integriert werden. Derartige innovative, gemeinwesenorientierte Konzepte sind ein herausragendes Qualitätsmerkmal der Angebote von Caritas, Diakonie und den anderen Wohlfahrtsorganisationen für die Zukunft.

Auch für Kirchengemeinden sehe ich neue Möglichkeiten, sich als Teil einer „neuen, solidaritätsorientierten Bürgerbewegung“ (K. Dörner) zu verstehen, aus Bürgern Nachbarn zu machen und so dazu beizutragen, dass Kirche in den Lebensräumen und Lebenswelten der Menschen wirksamer und präsenter ist.

Es gilt, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten nach der Prämisse: So wenig Unterstützung wie möglich, so viel Hilfe wie nötig. Das heißt, und das ist der Quantensprung in ein neues Denken und Handeln der Professionellen: Bisher habe ich, der Professionelle, Bürger als Angehörige oder als Ehrenamtliche ins Helfen einbezogen. Jetzt muss ich lernen, vom Anderen her zu denken: Bürger beziehen mich als Profi ins Helfen ein, beauftragen mich, nehmen mich in Dienst, als Dienstleister, als Dienenden.

In diesem neuen Denken fragt der Professionelle auf Anfrage:

„Was kann ich für Sie tun? Sehen Sie bitte unsere Angebote und wählen Sie aus unserem differenzierten Leistungskatalog das Passende für sich aus.“ Oder ganz im Sinne der Aussage im Evangelium: „Was willst du, dass ich dir tue.“

(LK 18, 35-43)

Das neue Denken ist also nicht mehr angebotsorientiert - der Bürger muss nehmen, was da ist - sondern personenzentriert, individuell, nachfrageorientiert. Nicht die Nachfrage folgt weiterhin dem Angebot, sondern das Angebot der Nachfrage. Denn der Bürger weiß doch selbst, was er will.

Dieser Entwicklung werden auch die sozialpolitischen und sozialrechtlichen Rahmenbedingungen sowie die Strategien der sozialen Dienstleister Rechnung tragen müssen. Richten Sozialunternehmen ihre fachlichen Konzepte nicht an den Interessen der Bürger nach selbst bestimmter Teilhabe aus, sondern an gegenwärtigen Auslastungsinteressen oder anderen betriebswirtschaftlichen Indikatoren und halten an überholten Versorgungsstrukturen fest, dann entfernen sie sich von den Interessen der Nutzer und „produzieren“ sozusagen am Markt vorbei. Selbstbestimmte Teilhabe muss die leitende Norm sein.

Damit Teilhabe im Sinne der Mitwirkung in der Gesellschaft und die Organisation des Lebens nach eigenem Plan gelingen können, ist es entscheidend, dass Teilhabe-Möglichkeiten eröffnet und Teilhabe-Erwartungen formuliert werden.

Dazu gehört auch eine Antwort der Politik auf das zunehmende Problem der Altersarmut. Sinkende Alterseinkommen verstärken die Gefahr von Einsamkeit - eine besonders schlimme Form der Ausgrenzung.

Gemeinwesen-Orientierung und mehr Eigenverantwortung bedeuten also nicht Abbau des Sozialstaates und Rückzug der Kommune aus der Verantwortung der sozialen Daseinsvorsorge, sondern meint ganz im Gegenteil Umbau unserer Kommunen hin zu „sozialen Städten“.

Voraussetzung hierfür ist natürlich eine Ressourcen-Umverteilung von der Bundes- auf die regionale Ebene, eine Stärkung der Kommunen in ihren Kompetenzen hinsichtlich der sozialen Infrastruktur-Entwicklung bei gleichzeitiger fiskalischer Stärkung.

Diese Renaissance des Subsidiaritätsprinzips bietet die Möglichkeit einer neuen Architektur sozialpolitischer und sozialrechtlicher Steuerung in der Pflege. Derzeit dominieren im Pflegesektor zentral steuernde nationale Institutionen, die die lokale Steuerungs-Fähigkeit und –Bereitschaft marginalisieren. Die Kommunen haben derzeit bei der Altenhilfe und Pflege zu wenig Einfluss auf die Veränderung infrastruktureller Fehlentwicklungen. Ohne eine neue Kompetenz- und Ressourcen-Verteilung wird die kommunale Handlungsebene nicht die Steuerungsmacht gewinnen, die zur Bewältigung der Herausforderungen des demographischen Wandels erforderlich ist.

Eine neue Komposition: SONG

Wenn wir zukünftig eine *unangemessene Versorgung* verhindern wollen oder glauben, der Markt wird es schon richten, müssen wir jetzt offen und ehrlich die vorhandenen Probleme und die Zukunftsthemen ansprechen. Unsere kinderarme Gesellschaft und die einseitige Ökonomisierung von Gesellschaft und Politik, wo Finanzen und Geld das wichtigste sind und Soziales oft nur ein Kostenfaktor, führen heute schon offenbar zu fehlender sozialer Einstellung, zu mangelndem Engagement, zu mitmenschlichem Kompetenzverlust und zu Fehlinvestitionen.

Und hier setzt das Netzwerk SONG an. SONG ist ein Begriff mit Klang. Und tatsächlich, jetzt ist die „Melodie“ fertig, sozusagen die „CD“: das Memorandum mit den wichtigsten Ergebnissen ist erstellt. Im Netzwerk „Soziales neu gestalten“ – SONG – ,dessen Mit-Initiator ich bin, haben sich bei Gründung Partner aus dem Bereich der Wohlfahrtspflege: CBT – Caritas Betriebsführungs- und Trägergesellschaft mbH in Köln, Bremer Heimstiftung, Evangelisches Johanneswerk e. V. Bielefeld und die Stiftung Liebenau (Meckenbeuren) zusammen mit der Bank für Sozialwirtschaft AG (Köln), dem KDA - Kuratorium Deutsche Altershilfe e.V. (Berlin) - und der Bertelsmann Stiftung (Gütersloh) intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, wie unser Gemeinwesen die mit dem demographischen Wandel einhergehenden gesellschaftliche Alterung künftig besser bewältigen kann.

Eine im Netzwerkprojekt SONG durchgeführte Potenzialanalyse bestätigt: Neue, zukunftsweisende Wohn- und Assistenzangebote, die die vorherrschende Versorgungslogik revidieren, sind möglich. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass präventive Leistungen belohnt, Eigeninitiative und gegenseitige Hilfe gestärkt, neue Hilfe-Mix-Modelle realisiert und bürgerschaftliches Engagement integriert werden.

Ein solches soziales Netz ermöglicht im Verbund mit bedarfsorientierten professionellen Pflegeleistungen ein lebenslanges Wohnen im Quartier. Ein qualifiziertes Sozial- und Quartier-Management sowie neue Kooperationsformen im Quartier sind dabei als notwendige infrastrukturelle Voraussetzungen maßgebliche Erfolgsfaktoren.

Welfare-Mix-Analyse

Die Welfare-Mix-Analyse zeigt, dass in Quartier-Projekten Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen durch das Zusammenwirken von Staat, Markt und informellen sozialen Netzen erhalten und ausgebaut werden können. In Fallstudien wurde untersucht, wie durch die Vermittlung vielfältiger Interessenlagen soziale Beziehungsnetze geknüpft und kleinräumige Unterstützungspotenziale erhalten und entwickelt werden können. Dabei ist eine wichtige Bedingung für die solidarische Unterstützung von Hilfebedürftigen unübersehbar: Auch die Unterstützenden müssen von den Wohnmodellen profitieren können.

Insgesamt zeichnet sich eine neue Kultur des Zusammenlebens ab, in der die Beteiligten jenseits der eigenen Handlungslogiken füreinander mitdenken. Das institutionelle Rückgrat des Miteinanders bildet die in den Wohnmodellen fest verankerte Gemeinwesenarbeit. Die Analyse einiger „Leuchtturm-Modelle“ zeigt, dass sich stabile Netzwerke entwickelt haben.

Social-Return-on-Investment

- Die im Projekt SONG erstmals nach dem SROI-Ansatz (Social-Return-on-Investment) durchgeführte sozio-ökonomische Mehrwert-Analyse weist unter anderem nach, dass (moderierte) gemeinschaftliche Aktivitäten von Bewohnern professionelle Unterstützungsleistungen zum Teil substituieren und dass die projizierten Modelleinrichtungen die Lebens- und Wohnqualität im Quartier verbessern können.

Die SROI-Analyse belegt außerdem, dass der Hilfebedarf der Bewohner sinkt und sich damit auch die Unterstützungskosten vermindern.

Die vorliegenden Befunde weisen nach, dass die Gesellschaft auf sehr vielfältige Weise von gemeinschaftlichen Wohnmodellen profitieren kann. Um solche Wohnmodelle realisieren zu können, müssen allerdings die für den gesellschaftlichen Mehrwert konstitutiven Investitionen getätigt werden.

Im Vergleich zu herkömmlichen Wohn- und Betreuungsformen ergeben sich die folgenden zentralen Analyse-Befunde:

Ausgeprägtes soziales Zusammenleben und verbesserte Kommunikation im und um das Modell.

- Intensivierter Austausch mit Nachbarn sowie Indizien für ein erhöhtes Engagement aller Quartier-Bewohner.
- Mehr Angebote und stärkere Inanspruchnahme von Nachbarschaftshilfe. Messbare Einspareffekte für Bürger und insbesondere für die öffentlichen Kostenträger.
- Positive Integrationseffekte für weitere Personengruppen (etwa Familien, Alleinerziehende oder sozial Benachteiligte).

Mit dem Sozialraum vernetzte Wohnprojekte *für alle Generationen* in die öffentliche Regelfinanzierung aufzunehmen, ist daher wesentlich zielführender als weiterhin überwiegend auf stationäre Einrichtungen zu setzen und die Kostensteigerung der Sozialleistungen für Pflege zu beklagen. Die Fortschreibung bestehender Strukturen der stationären Altenhilfe ist weder finanzierbar noch von den Bürgern gewollt!

Wohnhäuser als Pflegeheime der Zukunft

Wir werden auch in Zukunft Pflegeheime benötigen, gerade für die wachsende Zahl an einer Demenz erkrankter Menschen. Denn Pflegeheime erfüllen trotz aller Kritik eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe und sind als Bestandteil der pflegerischen Versorgung unverzichtbar. Ohne diese Häuser würden mehr alte Menschen verwahrlosen, wahrscheinlich auch früher sterben und Angehörige in die Überforderung getrieben. Aber sie werden anders sein müssen: strukturiert in autarke Hausgemeinschaften. Wohnhäuser mit Pflege, stadtteilbezogene Kleeblatt-Systeme, die sich in Bau, Konzeption, Organisation und Führung den Bedürfnissen und Wünschen dieser Hauptzielgruppe anpassen müssen:

Wohnhäuser also, in denen die Bewohnerin oder der Bewohner den Rhythmus des Tages je nach ihren Gewohnheiten bestimmen. Es ist schon heute möglich, Orte der Pflege zu schaffen, an denen die Charta der hilfe- und pflegebedürftigen Menschen konkret umgesetzt und gelebt wird.

Vernetzung im Wohnquartier

Um die soziale Betreuung und Pflege älterer Menschen in Zukunft leistbar, wirksam und finanzierbar zu erhalten, muss die Unterstützung jedoch weiter in die Wohnquartiere verlegt werden. Diese Entwicklung darf nicht konterkariert werden durch den Bau großer, mit dem Sozialraum nicht vernetzter, „Pflegebatterien“. Denn nur dort, wo Alt und Jung zusammenleben, lässt sich gegenseitige Hilfe in der Balance von Selbsthilfe und professionellen Angeboten organisieren. Familiäre Hilfe, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement unterstützen und ergänzen die Bereitstellung öffentlicher Daseinsvorsorge.

Kleinräumige Strukturen und Alltagsorientierung

In diesem quartierbezogenen Kontext müssen sich zukunftsorientierte Pflegeheime baulich und konzeptionell noch stärker auf die beiden Hauptzielgruppen ausrichten: An einer Demenz Erkrankte und hochaltrige Menschen mit erhöhtem medizinisch-pflegerischen Bedarf.

Bedarfsgerechtes Wohnen und Begleiten erfordert daher kleinräumige, dezentrale Strukturen und eine intelligente Architektur. Diese fördern Vertrauen und Sicherheit. Es erfordert eine Beteiligung an hauswirtschaftlichen Aktivitäten, denn dies fördert Alltagsorientierung und Normalität. Es erfordert individuelle Tagesstrukturierung, die auf die Förderung und Erhaltung von Selbstbestimmung und Selbstständigkeit abzielen. Es erfordert auch eine sorgfältige Auswahl, Einarbeitung und Fortbildung fachlich und menschlich geeigneter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, erst damit wird Beziehungspflege im eigentlichen Sinne möglich.

Und es erfordert die Beteiligung der Angehörigen und die Einbindung von Ehrenamtlichen und Bürgern, damit Gemeinwesen-Bezug und Partizipation gelingen. Die besten Voraussetzungen für Wohnen und Begleiten von Menschen mit Pflegebedarf oder mit Demenz bieten Hausgemeinschaften.

Autonomie und Selbstbestimmung als oberstes Prinzip

Es müsste Maxime aller Pflegeheime sein, dass jeder Bewohner ein eigenes Konto besitzt, auf das die Rente des Bewohners eingezahlt wird und zwar unabhängig vom Grad der Pflegebedürftigkeit. Zur Autonomie gehört, dass Jede und Jeder eine Rechnung über die erbrachten Leistungen bekommt. Auch bei einer Demenz-Erkrankung und der rechtlichen Betreuung wird dies beibehalten, denn so können auch Angehörige, Betreuer und Nachbarn in die Versorgung mit einbezogen werden.

Alltagsnormalität durch multiprofessionelles Team

Hausgemeinschaften werden definiert als Wohn- und Lebensraum für 8 bis 12 Bewohner mit einer Wohnküche als zentralem Mittelpunkt und unmittelbar angrenzenden persönlichen Zimmern. Die Bewohner werden unterstützt und begleitet von einem multiprofessionellen Team, in dem die Professionellen aus den Bereichen Hauswirtschaft, Sozialpädagogik sowie Familienpflege die wesentlichen Rollen spielen und die erforderlichen Pflegemaßnahmen durch Pflegekräfte erbracht werden.

Ehrenamtliche und Angehörige kommen gern in die Hausgemeinschaften und sind auf diese Weise aktiv eingebunden, auch weil den Angehörigen angeboten wird, im Rahmen des Vertrages, Regelleistungen abzuwählen, die der Träger ihnen vergütet.

Das Grundprinzip ist normalisierte Lebensgestaltung in einem geschützten Rahmen und Alltag. Die Tagesgestaltung richtet sich nach den Wünschen, Bedürfnissen und Ressourcen der Bewohnerinnen und Bewohner. Eine dezentrale hauswirtschaftliche Versorgung ist von großer Bedeutung, wobei die Bewohnerinnen und Bewohner sich aktiv oder auch passiv an den Aktivitäten wie Kochen oder Waschen beteiligen können, um die Normalität des Alltagslebens aufrecht zu erhalten.

Leitlinie dieses Konzeptes ist die einmalige und von Gott gegebene unverfügbare Würde jedes einzelnen Menschen. Sie werden mit ihren je eigenen biographischen, sozialen, gesellschaftlichen, kulturellen und religiösen Hintergründen, mit ihren Ressourcen und ihren Defiziten, respektiert und akzeptiert.

Und mit diesem Konzept kann die Lebenssituation der betroffenen Menschen spürbar verbessert werden.

Ressourcen-Förderung statt Ruhigstellung

In den überschaubaren, freundlich gestalteten Räumen der Hausgemeinschaften herrscht eine ruhige Atmosphäre. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verabreichen deutlich weniger Psychopharmaka und die Bewohnerinnen und Bewohner fühlen sich sicherer, sind gesünder und zufriedener, sind nicht allein und haben mehr Lebensfreude. Und die große Bewohnerzufriedenheit strahlt deutlich auf die Zufriedenheit der Mitarbeiter aus, die dadurch gute „Gastgeber“ sein können.

Die Lust am Essen durch das Mit-Kochen oder die Gerüche in der Wohnküche regen den oft verloren gegangenen Appetit wieder an. Fixierungen werden überflüssig. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehen so täglich die Erfolge ihrer Arbeit und sind dadurch hoch motiviert. Das Loslassen von starren Ablaufstrukturen und Programmen und das Erkennen dessen, was die Bewohner wirklich brauchen, verhindert darüber hinaus eine Überfürsorge und Überversorgung. So werden Bewohnerinnen und Bewohner nicht in die „Schutzhaft der Nächstenliebe“ genommen. Vielmehr werden ihre vorhandenen Ressourcen und Fähigkeiten gefördert, was darüber hinaus auch zu einer spürbaren Arbeitsentlastung führt.

Zeit, Zuwendung und Zärtlichkeit

In den kleinen, relativ autarken Wohngruppen wird Beziehung gepflegt und Beziehungspflege wirklich gelebt. Alte und pflegebedürftige Menschen sind und bleiben Persönlichkeiten, und Mitarbeitende gehen mit ihnen bedeutungsvolle Beziehungen ein.

Eine solche Wertschätzung des pflegebedürftigen Menschen fördert einen gelingenden Alltag, in dem nicht mehr nur Krankheiten und Beeinträchtigungen, sondern Würde, Autonomie, Teilhabe, Normalität, Freude und Spiritualität im Mittelpunkt stehen. So können die drei berüchtigten „S“: „Still, Satt, und Sauber“ durch die drei „Z“: „Zeit, Zuwendung und Zärtlichkeit“ ersetzt werden.

Pflegeheime müssen keine Orte der „verkürzten Sprache und des Verstummens“ oder gar „Wartezimmer zum Tode“ sein. Sie können zu Orten werden, die einen deutlichen Mehrwert an Lebensqualität ermöglichen und in denen Bewohnerinnen und Bewohner im Rahmen dieser Begleitung länger aktiv bleiben.

Verborgene Fähigkeiten werden wiederentdeckt und vergessene Gewohnheiten wiederbelebt. Es geht darum, Bewohnerinnen und Bewohnern, denen aufgrund ihrer Erkrankung oder ihrer Pflegebedürftigkeit nichts mehr zugetraut wird, die Möglichkeit zur Teilhabe zurückzugeben und sie im Rahmen ihrer Möglichkeit und entsprechend ihrer Wünsche und Bedürfnisse selbst bestimmte Entscheidungen im alltagspraktischen Handeln treffen zu lassen. Das Zitat aus dem Brief einer Angehörigen trifft dieses Auffinden verschütteter Fähigkeiten genau: „Meine Mutter saß immer im Eingangsbereich und wollte nur noch sterben. Seit sie in der Hausgemeinschaft ist, blüht sie richtig auf. Und vorige Woche sagte sie doch tatsächlich zu mir: ‚Kind, geh nach Hause, ich hab noch zu tun‘“.

Sterben, Tod und Abschied würdig gestalten

Ein wichtiges Thema in Pflegeheimen ist die Frage des Umgangs mit Sterben, Tod und Abschied. In jedem Pflegeheim sollte es einen Ort geben, an dem ein so genanntes Buch des Lebens ausgelegt ist, in das jeder verstorbene Bewohner mit einem Foto und seiner Lebensgeschichte aufgenommen wird.

Die Lebenden können so ein Gefühl dafür entwickeln, dass in „ihrem Haus“ niemand vergessen wird und dass auch sie am Ende ihrer Tage „bedacht“ bleiben. Mindestens einmal im Jahr finden Abschiedsgottesdienste statt, zu denen die Angehörigen eingeladen werden. Angehörige nehmen diese Einladungen gern an. Ihre Verbundenheit mit dem Pflegeheim wird gestärkt; auf diese Weise können auch zusätzliche ehrenamtliche Helferinnen und Helfer gewonnen werden.

Die Hausgemeinschaften bieten die große Chance einer radikalen Bewusstseinsänderung dafür, stärker als in bisherigen Strukturen vom Bewohner aus zu denken und zu handeln, Pflegeheime weiterzuentwickeln und so ihren Stellenwert in der Gesellschaft zu vergrößern.

Werteorientiertes Management

Damit ein solcher Paradigmenwechsel in Pflegeheimen möglich wird, ist es die Aufgabe von Trägern und leitenden Mitarbeitern, entsprechende Rahmenbedingungen in einem Unternehmen zu schaffen.

Organisationen sind nur so gut, wie die Menschen, die für sie arbeiten.

Die Kundenbeziehung kann nicht besser sein als die Beziehung zwischen Management und Mitarbeiter. So wie man innen miteinander umgeht, wird man auch von außen wahrgenommen. Was Unternehmen bei Mitarbeitern falsch machen, können sie bei den Bewohnern nicht besser machen. Schlechte Arbeitgeber disqualifizieren sich auch als Anbieter für soziale Dienstleistungen.

Deshalb benötigt gute, erfolgreiche Altenpflege Werte. Dies sind in erster Linie soziale und menschliche Spielregeln, die Anerkennung und Teilhabe ermöglichen und nicht ein Pflegeumfeld, das ausschließlich in medizinisch-technischen Details aufgeht. Einrichtungen der Pflege, die einen solchen Wechsel vollziehen, benötigen ein werteorientiertes Management, das die Frage nach dem Sinn, der Ethik des Betriebes, dessen Werten permanent in den Mittelpunkt stellt.

Denn kostbarstes Vermögen eines Unternehmens sind nicht die Bankkonten oder die Gebäude, sondern die Menschen, die dort arbeiten; wichtigster Rohstoff ist die Bereitschaft zum Mitmachen. Und daher haben Träger und Hausleitungen zuerst in die Menschen zu investieren, die dort arbeiten, und nicht in Qualitätssiegel. Eine solche „Charta des Handelns“ in den Einrichtungen der Altenhilfe umzusetzen, würde dazu beitragen, menschenunwürdige Situationen in deutschen Pflegeheimen künftig nachhaltig zu verhindern.

Selbstbestimmte Teilhabe als Leitnorm einer älter werdenden Gesellschaft

Die demographische Entwicklung wird die Altenhilfe gravierend verändern und sie zum Mittelpunkt der Gesellschaftspolitik machen.

Es geht um einen Auftrag an unser Gemeinwesen, das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung sowie das Recht auf Teilhabe in allen Lebensphasen und Lebenslagen zu sichern. Hierzu gehört nicht nur, inklusive Strukturen zu schaffen und Menschen sozial einzubinden, sondern ihnen auch in allen Lebenslagen Mit-Entscheidung und Mit-Gestaltung zu ermöglichen.

Um dies zu gewährleisten, fordert das Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) eine Demokratisierung des Alter(n)s. Das KDA will mit der Initiative „Leben im Alter(n) 6.0“ den notwendigen gesellschaftspolitischen Diskurs anstoßen und die Rolle, Integration und Akzeptanz alternder Menschen in und für unsere Gesellschaft weiterentwickeln. .

Nichts wird so bleiben, wie es bisher war. Die Frage, ob künftig noch Pflegeheime benötigt werden und wenn ja, wie sie aussehen müssen, kann nur vor dem Hintergrund des demographischen, sozialen und gesellschaftlichen Wandels und nicht isoliert beantwortet werden. Es gilt also, eine älter werdende Gesellschaft zu gestalten und die Altenhilfe nicht als Einzelfallhilfe, sondern als gemeinwesenorientierte Aufgabe aller Beteiligten zu verstehen. Selbstbestimmte Teilhabe muss die leitende Norm für diese Entwicklung sein.

Die Lösung für die Pflege älterer Menschen kann demnach nicht darin bestehen, dass immer weitere Pflegeheime gebaut werden, die niemand will und für die es derzeit viel zu wenige Fachkräfte gibt.

Die Vorstellungen, wie die Heimversorgung am besten zu gestalten ist, haben sich in den vergangenen Jahren verändert. In der Praxis bleiben die meisten Heimeinrichtungen jedoch trotz der Reformen weiterhin „Sonderwelten“, die in der Ausgestaltung von einem Träger bestimmt werden und damit der Selbstbestimmung der Bewohnerschaft und den Inklusionsbemühungen Grenzen setzen. Immer wieder wird daher die Auflösung der Heime und eine Ambulantisierung von Voll-Versorgungsangeboten gefordert. Einrichtungsträger haben darauf reagiert und ihre Einrichtungen im Sinne von „Verbundmodellen“ ambulantisiert.

Zugleich haben sie damit die Verantwortung für die Sicherstellung der Sorge an die Betroffenen abgegeben. Praxiserfahrungen und Studien geben jedoch Hinweise, dass die Betroffenen und Angehörigen teilweise überfordert sind, die Verantwortung für die Sorge-Leistungen tatsächlich alleine zu tragen.

Hier setzen die Überlegung des KDA zu einem neuen Leitbild für Langzeit-Pflege-Wohnangebote an. In seiner Tradition, immer wieder Impulse für die Weiterentwicklung der stationären Pflege (siehe 1.-5. Heimgeneration) zu geben, bringt das KDA das Konzept „Wohnen 6.0“ ein. Nach diesem Konzept sollen *alle* am Sorge-Geschehen Beteiligten nicht nur gemeinsam verantworten, sondern auch mehr gemeinsam entscheiden, wie das Leben und Arbeiten in Langzeit-Pflege-Wohn-Settings zu gestalten ist. Es geht um mehr Demokratie in der Heimversorgung, wie das KDA betont und einfordert.

Im Rahmen des Forschungsprojektes, das vom Deutschen Hilfswerk (DHW) gefördert und vom Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) bearbeitet wird, soll die Umsetzung von „Wohnen 6.0“ in ausgewählten Einrichtungen erprobt werden.

Es gilt zudem ,die Hilfe zur Selbsthilfe der älteren Menschen zu fördern mit bezahlbaren haushaltsnahen Dienstleistungen, mit „Künstlicher Intelligenz“, mit Ambient Assisted Living-Konzepten, Systemen und Produkten sowie einem flächendeckenden Beratungsangebot, mit ambulanter pflegerischer Versorgung, einem Quartiermanagement oder der früheren „Gemeindeschwester“.

Innovative und radikale Veränderungen sind notwendig, aber auch möglich, wie das Pflegemodell von Buurtzorg – übersetzt Nachbarschaftshilfe -, einem Start-Up Unternehmen aus den Niederlanden zeigt. Buurtzorg steht für ein ambulantes Pflegesystem, das den Patienten und Pflegebedürftigen ein eigenständiges Leben ermöglicht und ihre Selbstfürsorge aktiv fördert. Das Besondere ist aber auch, dass dieses System den Pflegenden ein hohes Maß an Eigenverantwortung überträgt.

Wenn möglichst viele Ältere sich auf ihre Stärken besinnen, ihre Potenziale und Ressourcen einbringen können und ihr Sozialraum intakt bleibt, kann der Pflegenotstand gelindert, vielleicht sogar verhindert werden.

Die oft gestellte Frage danach, wie wir selbst im Alter, auch bei Pflegebedürftigkeit oder Demenz, leben möchten, ist der Ausgangspunkt für das professionelle Bemühen, eine solche Strukturänderung herbeizuführen. Zudem ist gesellschaftlich eine Kultur des „Los-Lassens“ (neu) zu lernen, denn sie lenkt den Blick darauf, dass wir nichts wirklich festhalten können, weder die eigenen Kinder, noch den Beruf und auch nicht das eigene Leben.

Doch als Christen können wir uns bewusst machen, dass Alter nicht nur Verlust und Schmerz bedeutet, sondern dann auch einen Gewinn, wenn wir uns in Gott geborgen fühlen und das Vertrauen auf ihn uns hell-sichtiger und weitsichtiger macht.

FJS-Consulting - BALANCE - mail@fjstoffer.de - T. 0221 328716 - www.fjstoffer.de

[Auf meiner Homepage schreibe ich unter dem Menüpunkt *Aktuelles* regelmäßig zu relevanten Themen aus Pflege sowie Führung und Management](#)